

GESAMTE NIEDERSCHRIFT

Über die 8. Sitzung des AK-Verka

Vom: 28.11.2023
Von: 15:04 Uhr
Bis: 16:17 Uhr
Ort: VWS GmbH, Marienhütte 2, 57080 Siegen, Besprechungsraum

Anwesend waren:

Vom Verkehrsausschuss:

Stinner, Jürgen
Eckhardt, Klaus
Englert, Franz
Könen, Wolfgang Max

Beratende Mitglieder:

Schmitt, Jens
Frodl, Rüdiger

Von der Verwaltung:

Hinkel, Benjamin
Becker, Nadine

Nicht anwesend waren:

Korczak, Dominik
Zavadil, Michael
Six, Anette
Krüger, Jannik
Steffe, Roland
Becker, Lothar

A. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hohe Straße

Unechte Einbahnstraße aufheben

Frau Becker erklärt, dass der Anwohner, welcher die unechte Einbahnstraße und weitere Maßnahmen an die Verwaltung herangetragen hat, bei einer Politikerin anfragte, ob die unechte Einbahnstraße nicht wieder zurückgenommen werden könnte. Hintergrund sei, dass diese kaum bis gar nicht von den

Verkehrsteilnehmenden angenommen wird und ständig entgegen des Zeichens 267 StVO in die Straße eingefahren wird. In den vergangenen Verkehrszählungen ist die Anzahl der Fahrzeuge rückläufig und es sind keine weiteren Probleme oder Beschwerden eingegangen. Die Verwaltung empfiehlt daher die Verkehrsführung zu belassen.

Herr Frodl teilt mit, dass seit zwei Jahren keine Beschwerden eingegangen sind. Die Anwesenden teilen mit, dass ebenfalls keine Beschwerden oder Probleme bekannt sind.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die unechte Einbahnstraße in der Hohe Straße nicht aufzuheben.

2. Lämmergeasse

Frau Becker erklärt, dass eine Anwohnerbeschwerde vorliegt. Dieser teilte mit, dass die Verkehrszeichen für den verkehrsberuhigten Bereich nicht wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass zu Schulbeginn und -schluss die Schüler kreuz und quer auf der Straße laufen, die Fahrzeuge keine Schrittgeschwindigkeit fahren und außerhalb gekennzeichneten Flächen geparkt wird. Die Verwaltung empfiehlt als erste Maßnahme die Anbringung von einem Piktogramm, um den verkehrsberuhigten Bereich zu verdeutlichen.

Herr Stinner stimmt zu und befürwortet die Anbringung des Piktogramms.

Herr Englert fragt, ob das Verkehrszeichen nicht versetzt werden kann.

Herr Frodl sagt, dass dies nicht möglich ist.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die Anbringung des Piktogramms.

3. Festlegung allgemeiner Restgehwegbreiten

Herr Hinkel zitiert den Passus aus der VwV-StVO zu der Zulässigkeit von dem Parken auf dem Gehweg. Hier verweist der Gesetzgeber auf aktuelle Regelwerke. Laut RAST muss ein Gehweg 2,00-2,20m breit sein, um das Gehwegparken zuzulassen. Andere Kommunen haben eine andere allgemeingültige Regelung für ihr Stadtgebiet getroffen. Daher wird vorgeschlagen eine allgemeine Restgehwegbreite von 1,50m festzulegen. Aktuell kann aufgrund der Maße von 2,00-2,20m breite kaum das halbseitige Parken auf dem Gehweg angeordnet werden. Diese breiten gibt die Bebauung in der Stadt Siegen nicht her.

Herr Könen erklärt, dass aufgrund der Topographie der Stadt Siegen und den oft dicht bebauten und engen Straßen eine Restgehwegbreite von 1,50m gut umsetzbar ist.

Herr Hinkel erklärt weiter, dass für Personen mit Rollator oder Kinderwagen der Gehweg nutzbar bleibt.

Herr Englert verweist auf eine individuelle Regelung, was die Sichtweiten angeht. Auch muss man auf die gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer appellieren. Er teilt mit, dass aus seiner Sicht 1,30 m ebenfalls möglich wären.

Herr Könen teilt die Meinung und verweist auch auf die Rücksichtnahme.

Herr Frodl erklärt, dass die Sichtweiten festgelegt werden müssen, um Begegnungsverkehr auf der Straße miteinzubeziehen. Wird das versetzte Parken auf dem Gehweg erlaubt, sollen 20m zum Einscheren für Begegnungsverkehr einberechnet werden.

Herr Stinner teilt mit, dass in der Vergangenheit als Freifläche eine LKW-Breite mit Anhänger als Freifläche genutzt wurde.

Herr Englert teilt mit, dass man jedoch anhand der örtlichen Gegebenheiten entscheiden sollte und der Verwaltung den Freiraum in der Prüfung lassen sollte, um die Freiflächen individuell anhand des jeweiligen Einzelfalles festzulegen.

Herr Hinkel erklärt, dass die Länge/Anzahl der Parkflächen individuell an die Örtlichkeiten angepasst werden. So auch mit den Freiflächen. Man muss schließlich auch private Einfahrten und Schleppkurven beachten.

Es wird entschieden die allgemeine Restgehwegbreite von 1,50m im nächsten Verkehrsausschuss durch eine Vorlage beschließen zu lassen.

4. Friedenstraße

Anfrage Parken auf dem Gehweg durch Zeichen 315 StVO erlauben

Frau Becker erläutert zunächst den Sachverhalt. Hintergrund sind Anwohneranfragen. Vorliegend wird das Parken auf dem Gehweg seit Jahren geduldet. Nun kommt es vermehrt zu Problemen. Daher wurde angefragt, ob das Parken dort durch Zeichen 315 StVO legalisiert werden kann. Vorgelegt wurde den Anwesenden ein Plan mit Hinweisen wie breit die Gehwege sind und wie breit die Straße ist. Frau Becker erklärte, dass die Gehwege ca. 1,80 bis 1,90m breit und die Straße 5,00 bis 5,10m breit sind. Sollte die Vorlage den Beschluss erhalten, dass allgemein 1,50m Restgehweg frei bleiben muss, so bliebe im vorliegenden Fall keine Möglichkeit das Parken auf dem Gehweg anzuordnen – unter Beachtung der gesetzlich festgelegten Restfahrbahnbreite von 3,05m.

Herr Stinner bittet um einen detaillierten Plan, um prüfen zu können, ob überhaupt Parkflächen dort errichtet werden können, wo der Gehweg breiter ist, als im Durchschnitt.

Herr Englert möchte ebenfalls den Tagesordnungspunkt vertagen, bis der Verkehrsausschuss über die Vorlage der Restgehwegbreite entschieden hat.

Die Verwaltung wird beauftragt einen detaillierten Plan für die Zulässigkeit des halbseitigen Parkens auf dem Gehweg zu erstellen.

Damit wird dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung der Arbeitskommission vertagt.

5. Europastraße – Fußgängerzone Post

Frau Becker trägt vor, dass die Fußgängerzone in der Europastraße vor dem Postgebäude am 12.01.1994 eingerichtet und bezuschusst wurde. Die Zuschussfrist beträgt 25 Jahre. In den vergangenen Jahren hat es sich jedoch eingespielt, dass die Fläche zum Parken genutzt wird. Die meisten Verkehrsteilnehmenden wissen noch nicht mal, dass dieser Bereich eine Fußgängerzone ist. Damit ist dieser auch subjektiv vom Verkehrsteilnehmer nicht als Fußgängerzone wahrzunehmen. Eine Fußgängerzone kann jedoch heutzutage nur dann eingerichtet werden, wenn Fußgänger die Hauptverkehrsteilnehmer sind. Dies ist praktisch jedoch seit Jahren nicht mehr der Fall. Daher schlägt sie vor die Fußgängerzone zu entfernen und stattdessen ein Zonenhalteverbot einzurichten und Kurzzeitparkflächen auszuweisen.

Herr Stinner fragt zunächst bei Herrn Schmitt an, ob es vorliegend zu Problemen kommt.

Herr Schmitt verneint dies. Die meisten würden die Vorfahrtsregelung beachten und anhalten, wenn sie die Busse sehen.

Herr Könen teilt mit, dass die Post keine Parkflächen am Haupteingang benötige, da es hinter dem Gebäude genügend Fläche gibt, wo die Post eigenständig Parkflächen errichten könnte.

Herr Frodl erklärt ebenfalls, dass auf der Fläche kreuz und quer geparkt wird und keiner die Fußgängerzone wahrnimmt. Damit könne man das chaotische Parken ordnen und schafft legale Flächen für die Postkunden. Dies auch vor dem Hintergrund der Änderung der Verkehrsführung in der Europastraße.

Herr Englert teilt mit, dass er die Kurzzeitparkflächen befürwortet.

Herr Hinkel schlägt eine Höchstparkdauer von 15 min vor, um auch den Anschein beizubehalten, dass hier lediglich kurz geparkt werden soll.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die Fußgängerzone zu entfernen und Kurzzeitparkflächen auszuweisen.

6. Amtlich gekennzeichnete Feuerwehrzufahrt

Einheitliche Beschilderung der amtlich gekennzeichneten Feuerwehrzufahrten im Stadtgebiet Siegen zur besseren Ahndung und Unterscheidung

Frau Becker erklärt, dass im Stadtgebiet viele verschiedene Verkehrszeichen für die

Feuerwehruzufahrt existieren, da es kein Verkehrszeichen nach StVO vorgeschrieben ist. Hier ist lediglich eine „amtliche Kennzeichnung“ notwendig. Diese ist erst dann gegeben, wenn Der Bürgermeister der Stadt Siegen mit Siegel und Kennzeichnung auf dem Schild vermerkt ist. Aktuell kann die Verkehrsüberwachung nicht jede Feuerwehruzufahrt ahnden. Die Verwaltung schlägt daher vor alle Feuerwehruzufahrten einheitlich auszuschildern.

Herr Frodl hat dazu ein Beispielbild in die Runde gezeigt.

Die Arbeitskommission empfiehlt einstimmig die Feuerwehruzufahrten einheitlich auszuschildern.

7. Am Nöchel – Grundschule Birlenbach

Einrichtung Einbahnstraße auf Probe

Herr Hinkel erklärt, dass die Situation während des Hol- und Bringverkehrs sehr gefährlich und unübersichtlich ist. Von beiden Seiten fahren aktuell die Eltern-Taxis in die schmale Straße ein. Durch die schmale Straße können die Fahrzeuge nicht nebeneinander herfahren, so dass es zu einem Verkehrschaos und Rangiermanövern kommt. Währenddessen laufen jedoch die Grundschüler zwischen den Fahrzeugen her. Die Situation ist unübersichtlich. Daher wurde bei einem Ortstermin, an dem Andreas Röcher (Bezirkspolizist in Geisweid) und Herr Stinner ebenfalls teilnahmen, die Einrichtung einer Einbahnstraße besprochen.

Herr Stinner stimmt diesem zu und teilt die gesammelten Erfahrungswerte.

Frau Becker erklärt, dass die Einbahnstraße zunächst provisorisch für ein Jahr eingerichtet werden soll, um Erfahrungswerte zu sammeln. Es kann in dieser Zeit festgestellt werden, ob diese Maßnahme die Grundschüler tatsächlich schützt. Zu beachten ist in diesem Bereich nebst der Schule auch der Bereich des Friedhofs, der ebenfalls für alle gut und frei zugänglich bleiben muss.

Die Arbeitskommission empfiehlt die Einrichtung der provisorischen Einbahnstraße für ein Jahr.

8. Sonstige

Herr Könen teilt mit, dass durch die fehlende Markierung in der Koblenzer Straße die Fahrspuren nicht erkennbar sind und die Fahrschüler dadurch durch die Fahrprüfung fallen, da sie in den Gegenverkehr geraten.

Herr Hinkel sichert eine Überprüfung der Markierung zu.